



erschienen in: Adruiner Kreisblatt

Nummer der Ausgabe: \_\_\_\_\_ Seite: \_\_\_\_\_

Erscheinungsdatum: 21.03.1977.

x Anl.

## „Bundeswehr bleibt der Garant für Frieden und Freiheit“

Bundestagsabgeordneter Russe mit Gästen aus Datteln bei den Flußpionieren

Uesen. Gerngesehenen Besuch aus ihrer Patenstadt Datteln erhielt am Freitagabend die Flußpionierkompanie 831 in Uesen. Eine Delegation der CDU-Fraktion im Rat der 35 000-Einwohner-Stadt an der Grenze des Ruhrgebietes vertiefte die seit November 1973 bestehenden engen Kontakte mit der hiesigen Einheit, die mit ihren Booten stets eine besondere Attraktion des beliebten Dattelner Volksfestes „Kanal-Festivals“ bildet. Der Dattelner Bundestagsabgeordnete Hermann-Josef Russe ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen, sich wehrpolitische Informationen aus erster Hand geben zu lassen, nachdem er einen Tag vorher im Bundestag den Wehrbeauftragten der Bundeswehr zur Lage berichten hörte.

Auf dem Begrüßungsempfang im Kantinegebäude der Steubenkaserne ließ Kompaniechef der Flußpioniere, Major Junker, ehrliche Freude darüber durchblicken, daß eine Abordnung interessierter Bürger aus Datteln für die seit vier Jahren bestehende Patenschaft die Freundschaftsreise über 200 Kilometer hinweg nach Uesen angetreten habe. Daß auch eine Persönlichkeit unter den Gästen sei, die als Dattelner Einwohner, mehr noch aber als Bundestagsabgeordneter, soldatischen Alltag kennenlernen wolle, sei den Flußpionieren eine hohe Ehre.

Fraktionsvorsitzender Bitter von der Dattelner CDU-Stadtratsfraktion überbrachte die herzlichen Grüße der Patenstadt. Man wisse die nun schon traditionelle Treue der „Weser-Pioniere“ zu würdigen, sagte Bitter — die alljährlich mit ihren Booten an dem „Kanal-Festival“ im Dattelner Meer teilnahmen. „Wir empfinden es als eine aus dankbarem Herzen kommende Verpflichtung, unseren Freunden von der Flußpionierkompanie 831 einen Gegenbesuch in ihrem Standort zu machen,“ erklärte Bitter.

„Die Bundeswehr ist für die Bundesrepublik unersetzlich. Sie bleibt weiterhin der Garant dafür, Frieden und Freiheit zu sichern“, gab Bundestagsabgeordneter Hermann-Josef Russe seiner Überzeugung vor den Soldaten Ausdruck. Vor dieser unumstößlichen Er-

kenntnis müßten alle anderslautenden, teilweise sogar diskriminierenden Aussagen gegenstandslos werden. Sicherlich träten in einem Großbetrieb wie der Bundeswehr gelegentlich Pannen und Mißstände auf. Sie aufzudecken und dem Parlament vorzulegen, sei die Aufgabe des Wehrbeauftragten. So gesehen „ist die Erstattung dieses Berichtes ein bedeutsamer Tag im parlamentarischen Leben“, führte Russe zu diesem aktuellen Bonner Geschehen aus.

An der hohen Verteidigungsberedtschaft der Bundeswehr lasse auch der Bericht keinen Zweifel. Der Wehrbeauftragte Berkahn vermehrt nach Ansicht Russes ausdrücklich ein gestiegenes Selbstverständnis der Bundeswehr zur Traditionsfrage. Sie bekenne sich durchaus zu einer in langer Zeit gewachsenen Tradition des deut-

schen Soldatentums, wisse aber diesem Aspekt gewichtige Werte hinzuzufügen, die sich aus der jüngeren Überlieferung einer immerhin auch schon 22jährigen Entwicklung der Bundeswehr rekrutierten.

Hermann-Josef Russe beantwortete in der anschließenden lebhaften Gesprächsrunde nicht nur wehrpolitische Fragen. Als energiepolitischer Sprecher der CDU im Bundestag nahm er zur umstrittenen Kernenergiefrage Stellung. Ein genereller Baustopp für Kernkraftwerke werde schwere wirtschaftliche Nachteile für die Bundesrepublik nach sich ziehen, kommentierte er das jüngste Urteil der Bundesverfassungsrichter. Hier zeige sich jedoch wieder einmal, wie von der Bundesregierung angestrebte und eingeleitete Entwicklungen plötzlich an ihre Grenzen stoßen. Russe bezeichnete eine Politik als unrealistisch, die zu hohe Ziele als uneingeschränkt machbar anvisiere.

Zur Sicherung des Industriestaates Bundesrepublik hält Russe wirtschaftliches Wachstum für unverzichtbar. Für die CDU wie für die SPD gäbe es damit keine Alternative zur Kernkraft, die zur Sicherung des steigenden bedeutenden Energiebedarfes weiter ausgebaut werden müsse. Meinungsverschiedenheiten beständen zwischen den Parteien allerdings in der Einschätzung künftiger Quantitäten. „Energiepolitik kann nicht mehr an dem Sicherheitsbedürfnis des einzelnen Bürgers vorbeige-